

Schlusswort

Hiermit erklären wir unseren Austritt aus der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Dieser Schritt ist uns schwergefallen: Über Jahre und Jahrzehnte war diese Partei uns politische Heimat und Kampfgemeinschaft, auf die wir stolz waren. Viele von uns haben in der Illegalität für die "Wiederzulassung der KPD" gekämpft, haben die DKP ab 1968 neu konstituiert.

Nach der Wende haben wir versucht, die Entwicklung einer modernen kommunistischen Partei voranzutreiben, die auf der Höhe marxistischer Analysen und wissenschaftlicher Erkenntnisse ist, den Marxismus weiterentwickelt, Schlussfolgerungen aus dem Scheitern des realen Sozialismus zieht und dadurch zum politischen Eingreifen befähigt wird.

Dies ist nicht gelungen und wir müssen feststellen:

Der Parteivorstand hat seit dem 20. Parteitag der DKP einen Kurs in Richtung Dogmatismus und politischem Sektierertum eingeschlagen. Das Parteiprogramm wird sukzessive ausgehöhlt. Das Sektentum offenbarte sich jüngst am deutlichsten im Beschluss zur flächendeckenden Kandidatur zu den Bundestagswahlen 2017.

Mit dem Ergebnis von 0,0% hätte die Quittung nicht deutlicher ausfallen können. Hunderttausende Menschen mit linkem Bewusstsein haben erkannt, dass es in dieser Situation wichtiger ist, die Partei DIE LINKE zu wählen, um so die Front gegen zunehmende Rechtsgefahr und Faschismus, gegen Kriegspolitik und Sozialabbau im Bundestag zu stärken.

Es wurde Beschlussverbindlichkeit in der Wahlfrage von uns verlangt – aber Welche Beschlussverbindlichkeit kann denn herauskommen, wenn Parteimitglieder durch die Androhung von Strafmaßnahmen gezwungen werden sollen, sich gegen ihre Überzeugung für Beschlüsse zu engagieren, die sie selbst für falsch halten?

Wie überzeugend kann ein Genosse oder eine Genossin denn andere z.B. zur Unterstützung der Kandidatur der DKP auffordern, wenn sie selbst die Überzeugung haben, dass diese Kandidatur in der aktuell gegebenen Situation ein politischer Fehler ist?

Es war der Parteivorstand, der sich nicht an die entsprechenden Beschlüsse des 21. Parteitages zur Bundestagswahl gehalten hat:

Was hatte der 21. Parteitag beschlossen?

"Die DKP orientiert für die Bundestagswahlen 2017 auf eine Bündniskandidatur, die inhaltlich unter dem Motto "Gegen Krieg und Faschismus" steht. ... Als Folge undemokratischen Einschränkungen bleibt der DKP nur die Aufstellung einer offenen Liste der DKP.

Dazu laden wir alle parteilich nicht gebundenen Kräfte der Bewegungen für Frieden und Antifaschismus, aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und weiteren fortschrittlichen Initiativenzu einer Debatte darüber ein, wie die Bundestagswahlen 2017 zu einem Beitrag zur Stärkung der Friedens- und antifaschistischen Bewegung gemacht werden können.

Kommt eine offene Liste der DKP nicht zustande, kämpft die DKP um einen flächendeckenden Wahlantritt mit Landeslisten.

Dieser Beschluss wird zu einem geeigneten Zeitpunkt ausgehend von der Entwicklung der Linken noch einmal überprüft

Wir fragen:

- Mit welchen Kräften sind wann und mit welchem Ergebnis diese Gespräche geführt worden?
- Wann und wo wurde in der Partei über solche Gespräche informiert?
- Wann und wo wurde anhand einer Analyse der Entwicklung der Partei Die Linke oder deren Wahlprogramm der Beschluss über die Kandidatur überprüft, wie es der Parteitag beschlossen hat?

Alles das wurde nicht gemacht.

Der Beschluss über eine eigenständige Kandidatur wurde gefasst, ohne sich an das vom Parteitag beschlossene Prozedere zu halten.

In wesentlichen Fragen handelt die PV-Mehrheit gegen Programm und Statut.

Beispiele:

Der Parteivorstand schreibt in den Entwurf des "Leitantrags", dass die DKP eine "marxistisch-leninistische Partei" ist.

Dies widerspricht dem Parteiprogramm, in dem es heißt:

„Die DKP gründet ihre Weltanschauung, Politik und ihr Organisationsverständnis auf den wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde und ständig weiterentwickelt werden muss, damit er nicht hinter den Realitäten zurückbleibt. Sie kämpft für die freie Verbreitung des Marxismus-Leninismus.“

Im Parteiprogramm heißt es:

„...im Widerspruch zum humanistischen Wesen des Sozialismus wurden die Prinzipien sozialistischer Demokratie durch Missachtung sozialistischer Rechtsstaatlichkeit, durch Repression und Massenverfolgung und Verbrechen massiv verletzt... Zahllosen Menschen fielen dem zum Opfer... Bisherige Erkenntnisse und Schlussfolgerungen daraus wurden Bestandteil des politischen...Selbstverständnisses der DKP. Dieser Prozess wird weitergeführt...“

Georg Polikeit schreibt:

.... verdrängt werden soll, dass mit der unter Stalin praktizierten Variante von „M.-L.“ die schlimmsten Entstellungen der Theorie und Praxis der kommunistischen Bewegung verbunden waren, bis hin zur massenhaften Verfolgung und Hinrichtung Unschuldiger, die diverser Abweichungen von diesem „M.L.“ bezichtigt wurden. In der Theorie hatte das von und unter Stalin durchgesetzte „M.-L“- Verständnis eine verhängnisvolle dogmatische Verknöcherung zur Folge. In der Praxis wurde es für diverse „Säuberungen“ benutzt und führte es zur Herausbildung des zentralistischen administrativ-bürokratischen Systems in Wirtschaft und Politik.

Das macht deutlich, warum der Marxismus-Leninismus im aktuellen Parteiprogramm nicht mehr zur Weltanschauung der Kommunisten erklärt wurde.

Eben deshalb lehnen wir diesen Begriff als unser DKP-Selbstverständnis ab, und haben dafür plädiert, auch in dieser Frage nicht vom Parteiprogramm abzurücken und nicht zu einem stalinschen Parteiverständnis zurückzukehren, sondern bei der Position des Parteiprogramms zu bleiben: Die DKP orientiert sich an den Ideen von Marx; Engels und Lenin.

Auch in der Bildungsarbeit erleben wir eine neostalinistische Wende weg vom Parteiprogramm. Im Referat des Bildungsverantwortlichen und stellvertretenden Parteivorsitzenden H.P. Brenner auf der 12. PV-Tagung 2015 wird Stalin – zurecht - als Kronzeuge für den marxistisch-leninistischen Charakter der Kommunistischen Partei aufgerufen. Nachdem Brenner im diesem Referat fast über eine DIN A 4 Seite Stalin über den Marxismus-Leninismus zitiert fordert er dazu auf, Stalin zu lesen und dem Druck des „Antikommunismus und des Antistalinismus“ nicht nachzugeben.

Wir lehnen die Gleichsetzung Antikommunismus/Antistalinismus ab.

Stalin hatte maßgeblichen Anteil daran, dass der humanistische Gehalt des Kommunismus theoretisch und praktisch liquidiert wurde.

Daher ist Stalinismus in diesem Sinne Antikommunismus.

Marxismus-Leninismus ist das Synonym für die von Stalin verkündeten Lehrsätze. Sie haben auch zu den gesellschaftlichen Erstarrungen und schließlich Verbrechen geführt, über die wir im DKP-Parteiprogramm geschrieben haben.

Auch in der Haltung zur EU wird die Position des Programms und des Statuts entsorgt.

Auf dem 21. Parteitag wurde die Forderung beschlossen, Austritt der BRD aus der EU. Dieser Beschluss ist nicht nur politisch unsinnig, er widerspricht auch der im Parteiprogramm formulierten Position und die Art der Beschlussfassung war statutenwidrig: Im Parteiprogramm heißt es:

"Die EU ist ein Feld der Klassenauseinandersetzung und die weitere Entwicklung wird davon abhängen, in wie weit es den demokratischen Kräften gelingt die Beherrschung der EU Institutionen durch das Monopolkapital einzuschränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf die Entscheidungen zu gewinnen."

Das ist das Gegenteil von Austritt aus der EU.

Und im Statut heißt es:

"Wichtige politische Entscheidungen und längerfristige Handlungsorientierungen, die von Vorständen und Parteikonferenzen beschlossen werden, müssen das Ergebnis der Diskussion der Parteimitglieder sein"

Die wichtige politische Entscheidung, Austritt aus der EU konnte gar nicht diskutiert werden, da die Formulierung über einen Änderungsantrag auf dem Parteitag eingebracht wurde.

Deshalb war diese Beschlussfassung programm- und statutenwidrig.

Mit unserer Position zur Frage BRD-Austritt aus der EU, unsere Ablehnung des stalinschen Parteimodells, des Marxismus/Leninismus als Weltanschauung der DKP oder mit unserer Position zur Wahlfrage verteidigen wir das DKP Programm gegen diejenigen, die schon bei der Beschlussfassung 2006 dagegen gestimmt haben und jetzt die Mehrheit im Parteivorstand und in den meisten Bezirksvorständen stellen.

Wir meinen:

Differenzen in politischen Fragen sollten in Widersprechen und Widerspruch, der nach Marx die Entwicklung vorantreibt, ausgetragen werden:

Nicht mit dem ideologisch-organisatorischen "Fallbeil" der Liquidierung eines ganzen Bezirks der Partei und der Androhung eines Unvereinbarkeitsbeschlusses gegenüber einiger hundert Genoss*innen.

Die sog. „Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern“ widerspricht der Parteistatut und dem Parteiengesetz.

Dieser Schritt erinnert an die finstersten Zeiten der kommunistischen Parteigeschichte, wie einige Genossinnen in ihren empörten Zuschriften an den PV artikulierten. Aber in nicht zu übertreffender Arroganz setzt sich dabei der amtierende Parteivorstand über das Statut und Parteiengesetz hinweg, wischt Dutzende mahnende Appelle von Genossinnen, ganzen Parteigruppen und Kreis-Organisationen und Bezirken vom Tisch.

Das alles offenbart ein bürokratisch-zentralistisches Parteiverständnis, das wir nach den leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit überwunden glaubten. Es ist verbunden mit einer zunehmend sektiererischen Rechthaber-Politik, wie sie an der Bündnis- und Gewerkschaftspolitik, an der Vasallentreue zur KKE, der Beschlüsse zum EU-Austritt oder der Antifa-Politik deutlich wird. Wir sehen keine Chance mehr, diese Situation zu ändern.

Alles deutet darauf hin, dass wesentliche strategische, bündnispolitische und ideologische Grundlagen des Parteiprogramms entsorgt werden sollen.

Diesen Weg werden wir nicht weiter mitgehen.

Auch nach unserem Austritt verstehen wir uns nach wie vor als Kommunistinnen, als "parteilose Kommunisten". Wir werden uns andere Diskussionszusammenhänge suchen oder aufbauen, die uns nicht lähmen, sondern voranbringen und zum politischen Eingreifen befähigen.

Wir wollten eine Partei, die sich neuen Fragen zuwendet, die Politik auf Grundlage des Programms erarbeitet und weiterentwickelt, eine Partei der Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen innerhalb dieser Partei, eine Partei der innerparteilichen Demokratie.

Diese Partei ist die DKP nicht mehr.
Deshalb treten wir hiermit aus der DKP aus.

Dieses "Schlusswort" wurde von folgenden Genossinnen und Genossen unterzeichnet:

1. Walter Listl
2. Manfred Rauch
3. Gabi Rauch
4. Herbert Markus
5. Hiltraut Wurm
6. Leo Mayer
7. Brigitte Mayer

8. Joachim Kreich
9. Sonja Schmid
10. Kerem Schamberger
11. Bettina Jürgensen (SH)
12. Heinrich Hofmann
13. Martin Gruber
14. Inge Barck
15. Inge Feustle
16. Matthias Dewald
17. Klaus Mähler
18. Renate Künzl
19. Horst Brand (Bbg)
20. Günter Stamer (SH)
21. Barbara Heinemann
22. Fred Schmid
23. Emmi Menzel
24. Stefan Baumgärtner
25. Jürgen Köster
26. Evi Volz
27. Conny Fuchs
28. Claus Schreer
29. Monika Ziehaus
30. Ursel Weis
31. Rita Grünauer
32. Peter Schmitt
33. Anna Mederitsch-Höllering
34. Rainer Schulze
35. Hans Schmid
36. Willy Sabautski
37. Bernd Engelmann-Stegner

Stand: 18.11.2017